

Ausweislich der Zeitungsberichte ist davon auszugehen, dass weder der Freistaat Bayern noch die Stadt München aktuell ausreichend finanzielle Mittel haben sollen, um die im Rahmen der Sobon zu zahlenden Zuschüsse an die Büschl-Unternehmensgruppe für die Bebauung des Paketpostareals leisten zu können. Infolgedessen ist laut Medienberichten davon auszugehen, dass der ursprünglich angedachte soziale Wohnungsbau von $(40\% + 10\% =)$ 50% nicht in vollem Umfang realisiert werden kann.

Ich stelle daher hiermit den Antrag, den Bezirksausschuss sowie den Stadtrat aufzufordern, gegen den vorliegenden Bebauungsplan des Paketpostareals zu stimmen, falls durch die vorliegend genannten Entwicklungen nicht gewährleistet ist, dass ein geförderter Wohnungsbau in dem Maße von $(40\% + 10\% =)$ 50% stattfindet, wie dieser bislang seitens des Bauherrn sowie der Politik versprochen wurde.